

Stadt Achim stellt Antrag für eine Gesamtschule

Rat gibt grünes Licht – gegen die Stimmen der CDU

Achim (wei). Die Stadt Achim wird die Einrichtung einer Integrierten Gesamtschule (IGS) bei der Landesschulbehörde beantragen. Die IGS soll als Ganztagschule geführt werden und zum Beginn des Schuljahres 2014/2015 den Betrieb aufnehmen. Einen entsprechenden Beschluss fasste der Stadtrat Achim am Donnerstagabend mit der Stimmenmehrheit von SPD, Grünen und WGA. Die CDU und die FDP stimmten dagegen.

Der Abstimmung voraus ging eine lebhafte Debatte. Vertreter der CDU bekräftigten ihre Ansicht, dass die Elternbefragung zur IGS falsch ausgewertet worden sei. Es gäbe keine Grundlage dafür, eine IGS zu genehmigen. Dafür reichten nach Ansicht der CDU die zu erwartenden Anmeldezahlen nicht aus. Dagegen erklärten Vertreter der SPD und der Grünen, dass Bedarf für eine IGS in Achim bestehe.

Grüne: IGS ein Erfolgsmodell

Herfried Meyer, SPD-Fraktionsvorsitzender, stellte fest, dass die Achimer Eltern eine IGS wollten. Das gehe aus den Daten der Elternbefragung hervor. Das zeige auch die Tatsache, dass viele Achimer Kinder auf die IGS nach Oyten gingen. „Eine Abstimmung mit den Füßen“, so Meyer. Es könne auch nicht sein, meinte der Sozialdemokrat, dass umliegende Grundzentren die Schulform IGS anböten und das Mittelzentrum Achim dazu nicht in der Lage sei.

Für die Grünen-Fraktionsvorsitzende Silke Thomas geht es „um eine Ergänzung des bestehenden Schulangebots in Achim, um eine familienfreundliche Stadt“, wie sie betonte. Thomas bezeichnete die Schulform IGS als „Erfolgsmodell“.

Rüdiger Dürr (CDU) machte klar, dass es seiner Partei in Achim nicht um die Frage nach dem Sinn einer IGS gehe, sondern um den Umgang mit der Elternbefragung. Man habe sich eine „ehrliche Bewertung“ gewünscht. Dürr kritisierte erneut die Verwaltung und die IGS-Befürworter, sie hätten mit statistischen Tricks und vagen Prognosen gearbeitet. „Es geht nicht, dass man ein Ergebnis passend macht.“ Die Vorgabe, dass für jeden IGS-Jahrgang mindestens 96 Anmeldungen zu erwarten sind, seien nicht erfüllt worden. Deshalb könne die CDU den Beschluss zur Einrichtung einer IGS in Achim nicht mittragen. Dürr sprach von einem Vertrauensverlust.

Günther Krebs (FDP) warf der Stadtverwaltung vor, sie habe die gebotene Neutralität bei den IGS-Informationsveranstaltungen

und bei der Auswertung der Elternbefragung nicht eingehalten. „Für mich hat das Geschmäcke“, meinte der Liberale.

Bernd Junker (SPD) mahnte an, die Kommunalpolitik in Achim solle es der Landesschulbehörde überlassen, die Ergebnisse der Elternbefragung zu bewerten.

Bürgermeister Uwe Kellner erinnerte daran, dass die Kommunalaufsicht des Landkreises an der Elternbefragung und deren Auswertung durch die Stadtverwaltung nicht zu beanstanden gehabt habe. „Es gibt verschiedene Modelle der Auswertung. Wir haben unsere Spielräume genutzt.“ Für Kellner steht fest: „Es ist ein Bedarf für eine IGS in Achim aufgezeigt worden. Und für uns sollte die Frage entscheidend sein, was Eltern und Schüler wollen.“ Für einen Gesamtschul-Standort Achim sprechen nach Ansicht des Bürgermeisters weitere Gründe: Achim sollte eine Schulfeldvielfalt anbieten. Die Stadt verfüge über den notwendigen Schulraum. Auch könnten mit der Einrichtung einer IGS Schülertransportkosten gespart werden. Kellner betonte, Achim sei gut beraten, das Thema IGS nicht den Grundzentren zu überlassen.

IGS-Befragung

■ Die strittige Elternbefragung in Achim richtete sich an 1119 Eltern von Kindern des ältesten Kindergartenjahrgangs sowie der ersten drei Schuljahrgänge. 715 Mütter und Väter hatten an der Abstimmung teilgenommen – eine Beteiligung von etwas mehr als 70 Prozent. 391 hatten angegeben, ihr Kind auf einer IGS anmelden zu wollen. 324 hatten sich für Hauptschule, Realschule oder Gymnasium entschieden. Die gesetzlich geforderte Zahl von mindestens 96 zu erwartenden Anmeldungen an der IGS pro Jahrgang wurde für zwei der abgefragten Jahrgänge verfehlt. Bei den Grundschulklassen 2 und 3 waren es nur 83 und 92 Kinder, beim ersten Grundschuljahrgang 96, beim Kindergartenjahrgang 120. Die Stadtverwaltung hatte allerdings über alle vier Jahrgänge hinweg eine durchschnittliche statistische Quote von 35 Prozent Gesamtschulkinder gebildet und kam so zu dem Ergebnis, dass die Schülerzahlen ausreichten, um eine IGS einzurichten. Das erklärte die CDU für unzulässig – genauso wie weitere Hochrechnungen, mit denen die Stadtverwaltung ausreichende Anmeldezahlen für die Achimer IGS bis 2024/2025 prognostizierte.